**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 29 (1937)

**Heft:** 1: Richtlinien für eine neue Politik

**Artikel:** Wozu die Richtlinien?

**Autor:** Gadient, A.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-352842

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

ohne Belastung der Konsumenten und schliesslich um den Vorschlag auf Erhebung einer eidgenössischen Abwertungsgewinnsteuer. Wir veröffentlichen diese drei Eingaben in diesem Heft der « Gewerkschaftlichen Rundschau ». Sie dienen alle dem gemeinsamen Ziel: Es soll Hilfe gebracht werden für jene Volkskreise, die am schwersten unter dem Krisenelend leiden; es soll die einsetzende wirtschaftliche Erholung gefördert werden, und es sollen die Finanzmittel zur Erfüllung dieser Aufgaben dort geholt werden, wo sie am leichtesten getragen werden können.

Natürlich sind das erst einige der dringlichen Aufgaben. Daneben bestehen andere Aufgaben, die ebenfalls so rasch wie möglich angepackt werden müssen. Immerhin ist nicht die Zahl der Eingaben und ihre Länge entscheidend, sondern die Kraft, die für die Verwirklichung der Forderungen eingesetzt werden kann. Sie hängt aber ab von der Aufklärungsarbeit, die im ganzen Land herum von allen Gruppen, die auf dem Boden der Richtlinien mitarbeiten, geleistet wird.

---

# Wozu die Richtlinien?

Von Dr. A. Gadient.

Wenn die politische und besonders die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre auch zu schweren Sorgen Anlass gab, fehlt es anderseits doch nicht an verschiedenen Lichtblicken. Als erfreulichen Gewinn betrachten wir vor allem die immer weiter vordringende Erkenntnis, dass die Schweiz als Demokratie erhalten werden muss oder überhaupt aufhört zu existieren.

Nicht minder wichtig ist die Einsicht, dass diese Demokratie nur mit demokratischen Mitteln verteidigt und ausgebaut werden kann, da die Versuche gewaltsamer Aenderung, Umsturz und Revolution nicht bloss fast immer einen sozialen und wirtschaftlichen Rückschlag bringen, sondern die Demokratie als solche in Frage stellen. Es ist ja bedenklich genug, wie lange darüber auch bei uns Verwirrung herrschte, wie lange zur Linken in kritikloser Nachahmung ausländischer Bewegungen gespielt wurde mit dem Gedanken der plötzlichen Wendung, und wie zur Rechten, wieder unter deutlichem Einfluss fremder Ereignisse, ausgesprochen faschistische Neigungen sich zeigten.

Heute darf man hoffen, diese Verirrung und Verwirrung der Geister sei für einmal überwunden. Gleichzeitig erwacht auch die Ueberzeugung, dass keine extreme Lösung, weder ein kapitalorientierter Bürgerblock noch eine klassenkämpferische Einheitsfront, die Schweiz zu retten oder auch nur einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg zu sichern vermag, dass vielmehr ein Zusammenschluss aller aufbauwilligen Kräfte nötig ist. Dabei

machen wir uns keine Illusionen: Es handelt sich nicht etwa darum, eine sentimentale Versöhnung anzustreben, die Gegensätze zu vertuschen oder zu verschweigen. Man muss sich im Gegenteil bewusst bleiben, dass auch diese Neuorientierung ohne heissen Kampf nicht ablaufen wird, wie überhaupt kein Fortschritt erreicht werden kann ohne Kampf.

Die « Richtlinien » wollen in erster Linie diesen notwendigen Zusammenschluss anstreben. Aber nicht etwa um dadurch ein schönes Programm mehr in die Welt zu setzen; denn an schönen Programmen und grossen Versprechen besteht wahrlich kein Mangel. Die « Richtlinien » haben nur dann einen Sinn, wenn es gelingt, das darin enthaltene Programm zu verwirklichen. Nicht bloss Bildung und Zusammenschluss einer Mehrheit des Schweizervolkes, sondern Aktivierung dieser Mehrheit muss Aufgabe der Richtlinienbewegung sein, und zwar Aktivierung zur Erreichung der in den Richtlinien gesteckten Ziele und mit den darin erwähnten Mitteln.

Dabei ist uns bewusst, dass eine noch tiefgreifende Umgestaltung nicht mit einem Schlage, nicht von heute auf morgen erreicht wird, dass vielmehr gerade auf politischem Gebiete bedeutende Umgruppierungen damit einhergehen werden und dass man deshalb trachten muss, sobald als möglich und soweit immer möglich an die Lösung praktischer konkreter Einzelaufgaben heranzutreten.

In der letzten Zeit tauchte immer wieder die Frage auf, ob und wieweit die einzelnen Organisationen, die sich auf die Richtlinien verpflichten, ihre Selbständigkeit und Eigenart bewahren können. Es bedeutete einen sonderbaren Dienst an der Demokratie, wenn die « Richtlinien » zu einer Gleichschaltung missbraucht werden wollten. Nein, die sich anschliessenden Parteien, Gruppen und Einzelpersonen sollen weiterhin ihre besondern Ideale pflegen, diese hochhalten, sei es der Liberale, der Sozialist, der Jungbauer, der Katholik oder der evangelische Arbeiter, mit einer Einschränkung freilich, die nicht entschieden genug betont werden kann: Es sollen und dürfen sich nur jene den Richtlinien anschliessen, die durch ihre Einstellung und ihr Verhalten die wichtigsten Grundsätze und Richtlinien als für sie verpflichtend anerkennen. Wer nach wie vor an die Berechtigung und den Erfolg eines gewaltsamen Umsturzes glaubt, begeht ein Unrecht, wenn er sich der Richtlinienbewegung anschliesst. Nicht minder unehrlich wäre es, scheinbar, das heisst äusserlich mitzumachen, um dann jedesmal zu versagen, wenn es gilt, besonders den wirtschaftlichen und sozialen Postulaten zum Durchbruch zu verhelfen. Und unehrlich wäre es, sich durch den Beitritt zu den Richtlinien für die Erhaltung und den Ausbau unserer Demokratie auszusprechen, um dann im nächsten Augenblick wieder einen dringlichen Bundesbeschluss auch dort zu verteidigen, wo es einfach darum geht, das Volk auszuschalten. Es ist überaus bezeich-

nend, dass die « Neue Zürcher Zeitung » soeben in einer Polemik gegen die Richtlinien behauptet, deren formalpolitischen Grundsätze seien « Selbstverständlichkeiten ». Ja, sie sollten für einen freien Schweizer Demokraten Selbstverständlichkeiten sein; sie wurden jeweilen vor Wahlen und Abstimmungen zwar aufs neue hochgehalten, hinterher aber ebenso selbstverständlich vergessen und verraten.

Noch ein Wort über die Stellung der Landwirtschaft: Die jüngere Generation, vorab die Schweizerische Bauernheimatbewegung und die Bauernpartei Schaffhausen, haben sich bereits vorbehaltlos zu den Richtlinien bekannt, sich ihnen angeschlossen. Dies geschieht fürs erste aus der Ueberlegung, dass der Landwirtschaft nur noch auf diesem Wege geholfen werden kann. Was diese braucht, sind vor allem bessere Preise. Diese aber lassen sich auf die Dauer nur erreichen und halten, wenn auch alle übrigen Volksgruppen ein ausreichendes Einkommen haben, was aber nur in einer prosperierenden Wirtschaft möglich ist. Die Kaufkraft ist eben keine blosse Theorie, sondern eine harte Realität. Es genügt nicht der gute Wille des Konsumenten, dem Bauer seine Produkte zu hohen Preisen abzukaufen, dieser gute Wille muss auch im Geldsäckel des Arbeiters und Angestellten und Handwerkers vorhanden sein.

Neben diesen eigenen direkten Interessen erwacht aber zum mindesten in der jüngern Bauerngeneration die Einsicht, dass wir gegenseitig für alle mitverantwortlich sind. Lange genug ist es gelungen, gerade Bauer und Arbeiter gegeneinander zu hetzen, zum Schaden beider und zur Freude des lachenden Dritten. Heute spürt man weitherum im Volke den deutlichen Willen, ja ein eigentliches Sehnen nach Verständigung. Wie die « Nation » seit drei Jahren einen bescheidenen Versuch machte, bilden auch die « Richtlinien » einen hoffentlich recht wirksamen Vorstoss, diese neu erwachenden Kräfte auch organisatorisch zusammenzufassen, auf dass sie im politischen Kampf und Getriebe wirksamer in Erscheinung treten können.

Zum Schluss noch einmal ein Wort von der « Neuen Zürcher Zeitung ». Schon der alte Greulich sagte bekanntlich, dass jedesmal dann, wenn die « Neue Zürcher Zeitung » anfange zu schimpfen, etwas Rechtes getan worden sei. Es ist für die « N. Z. Z. » ebenso bezeichnend wie beschämend, wie sie die Eingabe für einen höhern Milchpreis beurteilt. Die Tatsache, dass dieses dringende und berechtigte Begehren auch von den Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Angestelltenverbände und der evangelischen Arbeiter unterstützt wird, ist für die « Neue Zürcher Zeitung » nur noch als Demagogie zu begreifen. In Wirklichkeit spricht aus ihr der schlecht verborgene Aerger darüber, dass sich die Arbeiterschaft nicht mehr hergeben und missbrauchen lassen will für eine sogenannte Konsumentenpolitik, für eine Politik der billigen Preise unter allen Umständen. Die Arbeiterschaft und ihre Führer

sehen eben ein, dass die notwendige Folge billiger Preise auch niedrige Löhne sein werde, dass einem Preisdruck und -abbau automatisch auch der Lohndruck und -abbau folgt.

Dabei sind sich Arbeiter, Angestellte und ihre Vertreter voll bewusst, dass eine Milchpreiserhöhung ein Opfer bedeutet für den Konsumenten, und es ist wahrlich keine leichte Aufgabe für die Vertreter der Arbeitnehmer, diese für ein solches Opfer zu gewinnen, wenn anderseits die alte Bauernführung immer wieder zu den lautesten Rufern gehört, sobald es gilt, den Arbeitern und Angestellten ihre Löhne herunterzureissen.

Auf diese gegenseitige Verhetzung, wobei der Neid als stärkster Helfer aufgestachelt wurde, baute man die Politik der letzten Jahre; denn nicht erst seit Jahren, sondern vor zwei Jahrtausenden schon kannten die Grossen das wirksame Rezept: Teile und herrsche! Erst wenn das Volk merkt, wie es im Interesse einiger weniger missbraucht wird, im Grunde genommen aber die erdrückende Mehrheit, Bauer und Arbeiter, Angestellter und Handwerker, alle die gleichen Sorgen haben, auf Gedeih und Verderben zusammengeschmiedet sind, entweder allen geholfen wird oder aber alle leiden und miteinander untergehen — erst wenn diese Einsicht in der Mehrheit des Schweizervolkes erwacht, kann es wieder aufwärtsgehen. Dabei möchten die « Richtlinien » mithelfen.

---

# Drei Eingaben der Richtlinienbewegung.

## Arbeitsbeschaffung.

Am 7. November 1936 haben der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Schweizerische Bauernheimatbewegung, die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet mit folgendem Wortlaut:

Wir glauben uns einig mit der überwältigenden Mehrheit des Volkes und der Behörden, wenn wir erklären, dass eine der allerwichtigsten Gegenwartsaufgaben in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besteht. Durch die Abwertung des Schweizer Frankens sind neue Verhältnisse geschaffen worden, die diese Aufgabe erleichtern, das heisst den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erfolgreicher als bisher gestalten können. Freilich darf man sich nicht der Meinung hingeben, dass eine rasche und weitgehende Entlastung des Arbeitsmarktes von selbst erfolgen werde. Eine Erleichterung wird gewiss mit der Zeit eintreten in der Exportindustrie, und auch einzelne Zweige der Inlandwirtschaft werden allmählich eine Belebung erfahren. Das wird jedoch bei weitem nicht genügen, um das grosse Elend, das die Massenarbeitslosigkeit schafft, sehr fühlbar zu beseitigen.